

Meinung

BUNDESWEHR

Die Wehrpflicht wird fallen - aber nicht sofort

Deutschland wird den Vorbildern Frankreich und Großbritannien folgen und eine Berufsarmee aufbauen. Die Frage ist nur: wann? Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) tritt vorerst auf die Bremse: Sie kann den von Verteidigungsminister zu Guttenberg behaupteten Einspareffekt nicht nachvollziehen, und weite Teile der Union sind nicht dazu bereit, den "Staatsbürger in Uniform" aus seiner Pflicht zu entlassen.

Merkel bleibt Merkel: Sie will einen Kompromiss, der sie über die Parteitage und, wenn möglich, über die nächsten Wahlen trägt - ohne viel Ärger mit der eigenen Klientel und deren Lobby. Deshalb schert sie die Mehrkosten des von ihr bevorzugten Reformmodells für die Bundeswehr von zwei Mrd. Euro gegenüber zu Guttenbergs Vorschlag nicht. Ruhe an dieser Front ist ihr die erste Kanzlerpflicht.

Dabei ist klar: Es kann nicht so weitergehen mit einer Armee, die exorbitante Summen verschlingt, dabei aber falsch aufgestellt und so ineffizient wie kaum eine andere Institution im Land ist. Von 250 000 Soldaten sind für Auslandseinsätze gerade mal 8 000 gleichzeitig einsatzbereit, der sicherheitspolitischen Weltlage ist sie seit zwei Jahrzehnten nicht mehr angepasst. Parallele Strukturen und Hierarchien, ein veraltetes Beschaffungssystem, überbordete Planstellen, eine schreiende Ungerechtigkeit bei der Einberufung - das sind nur einige Probleme, mit denen sich die Bundeswehr seit Jahren herumschlägt. Aber sie hat nie einen Minister bekommen, der sie ernsthaft anpackt.

Auch der forsche zu Guttenberg zäumt das Pferd vom falschen Ende her auf - von der Kassenlage. Nirgendwo ist eine sicherheitspolitische Fundierung seiner Rechnung zu erkennen, nirgends ein Wort zur anstehenden Reform der Nato. Und über Bündnisfähigkeit sowie über mögliche Gefahrenherde in Europa hat sich der Freiherr auch noch nie vernehmen lassen. Es klingt so einfach: 50 000 bis 100 000 weniger Soldaten, und schon ist die Bundeswehr gerettet. Doch die Wirklichkeit, gemessen an Aufgabe, Verpflichtungen und Prestige der über 53-jährigen Bundeswehr, die dank der allgemeinen Wehrpflicht nie Rekrutierungsprobleme kannte, sieht anders aus.

Europäische Sicherheitsszenarios, internationale Bündnisse sind keine banalen Planspiele, die per Kassenlage gekippt werden. Deshalb wird die Bundeskanzlerin wohl gar nicht anders können, als bei der Aussetzung der Wehrpflicht auf Zeit zu spielen und sie zwar als Ziel anzupeilen, aber beileibe nicht sofort umsetzen zu lassen. Stattdessen wird sie die schnellstmögliche Realisierung der zu erwartenden Empfehlungen der Weiskommission anmahnen. Denn die erkennt viel Einsparvolumen im militärischen wie zivilen Bereich. Ergo: auch ohne schnellstmögliche Aussetzung der allgemeinen Wehrpflicht lassen sich schon jetzt Einsparpotenziale durchpauken. Merkels Devise lautet so: Etwas kleiner, aber viel effizienter.

Die aktuelle Diskussion über die Wehrpflicht haben die Probleme der Bundeswehr im Afghanistan-Krieg im Zusammenspiel mit der miserablen Kassenlage erwirkt. Dabei wurde klar, dass die Vorgänger zu Guttenbergs zwei Jahrzehnte lang viel lamentiert, viel gezahlt, aber wenig an Strukturreformen zuwege gebracht haben - trotz vieler Anläufe, trotz einer Halbierung der Armee. Es wird also Zeit, dass sich auch das Parlament zu einer breiteren und ambitionierteren Auseinandersetzung über die Zukunft der Bundeswehr aufschwingt. Und dabei dürfen nicht diejenigen die Oberhand behalten, die sich über Jahrzehnte hinweg mit rhetorischem Make-up zufriedengaben.

Scheidges, Rüdiger